

# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

erschint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Zum Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress in Stuttgart. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906. — Feuilleton: Ferdinand Lassalle. — Korrespondenzen (Gießen, Wiesbaden, Nürnberg, Straßburg). — Rundschau. — Anzeigen.

**Beilage:** Aus Altenburg. — Korrespondenzen (Mugsburg, Berlin III, Grimnitzschau, Hannover, Leipzig). — Literatur.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

**Königsberg.** Kassierer ist Otto Paduch, Sachheimer Hinterstr. 81 a.

Für die Mitgliedschaft **Kirchhain N.-L.** hat die Verbandsgeschäftsstelle das dortige Gewerkschaftsstatut übernommen. Vorsitzender Otto Gaudig, Kirchhain N.-L., Chausseest. 23.

In **Gera (N. j. L.)** ist am 16. August eine Geschäftsstelle gegründet. Vorsitzender Franz Werner, Neuhäuser Tribüne, Gera, Wohnung: Langenberg bei Gera, Bachstr. 6. **Der Verbandsvorstand.**

## Zum Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress in Stuttgart.

Der diesjährige Internationale Kongress zu Stuttgart, der vom 18. bis 24. August stattfindet, ist der erste auf deutschem Boden. Die früheren Kongresse (Genf 1866, Lausanne 1867, Brüssel 1868, Basel 1869, Haag 1872, Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904) fanden stets in anderen Staaten statt, obwohl die deutsche Arbeiterbewegung nie an letzter Stelle im internationalen Wirken des Proletariats gestanden hat. Die Schuld daran, daß die deutschen Genossen ihre Mitkämpfer aus aller Welt erst so spät auf deutschem Boden begrüßen können, trägt die mangelnde Sicherheit des Vereins- und Versammlungs- sowie Fremdenrechtes, die es noch vor wenigen Jahren nicht ratfam erscheinen ließ, einen internationalen Kongress von solcher Bedeutung nach Deutschland zu bringen. Andererseits ist die Arbeiterbewegung in Deutschland zu einem Machtfaktor herangewachsen, der auch die Reaktion zwingt, sich einige Reserven aufzuwerfen, und es ist zu erwarten, daß der Kongress ohne Störung von dieser Seite verläuft.

Der Stuttgarter Kongress hat eine bedeutungsvolle Tagesordnung zu erleben, die speziell für die Gewerkschaftsbewegung von großem Interesse ist. Zwei Punkte vor allem sind es, die die Gewerkschaften interessieren: „Die Beziehungen zu den sozialistischen Arbeiterparteien und den gewerkschaftlichen Organisationen“ und die „Einwanderung und Auswanderung“. Die Frage der „Masseier“, über die in den letzten Jahren so viel hin- und hergefrüht wurde und deren Lösung vom Internationalen Kongress erwartet wird, steht nicht auf der bisher veröffentlichten Tagesordnung. Es ist anzunehmen, daß der Kongress auch über diese verhandelt wird, sobald dies von der Delegation eines der vertretenen Länder zwecks Verringerung des gegenwärtigen Standes der Dinge verlangt wird.

Ueber die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften haben bereits die Internationalen Kongresse von Brüssel (1891), Zürich (1893),

London (1896) und Paris (1900) Beschlüsse gefaßt. Der Brüsseler Kongress erklärte die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein bringendes Erfordernis im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse und erachtete es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung vom Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören.

Der Züricher Kongress hatte speziell die Frage des Achtstundentages im Auge. Er wies den sozialistischen Vertretern der nationalen Parlamente die Aufgabe zu, sich über ein gemeinsames Vorgehen zur internationalen Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung zu verständigen und die Regierungen aller Industrieländer zu einer internationalen Konferenz zu veranlassen. Die Gewerkschaften hingegen sollten den freien außerpolitischen Kampf mit den Unternehmern für den Achtstundentag führen, um dadurch die gesetzliche Einführung desselben für die ganze Arbeiterklasse anzubahnen.

Der Londoner Kongress erklärte den gewerkschaftlichen Kampf für den Widerstand gegen die Uebermacht des Kapitals und für die Verbesserung der Lage der Arbeiter als unerlässlich. „Ohne Gewerkschaften keine auskömmlichen Löhne und keine verkürzte Arbeitszeit.“ Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordere auch die politische Betätigung der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren. Was die Arbeiter im freien Kampfe gegen die Ausbeuter eringen, müssen sie oft erst als politische Macht gesetzgeberisch festlegen, um es zu sichern. Der Kongress forderte ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse in bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung. Für die nächste Zeit sei ein internationales Vorgehen des Proletariats zur Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien notwendig. In bezug auf die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung schloß er sich den Beschlüssen des Pariser Kongresses (1889) an und erklärte diesfalls ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung als notwendig. Im weiteren sprach sich der Kongress für die Verbandsorganisation und gegen jede Zerplitterung der Kräfte in Sonderorganisationen aus. Die politische Anschauung dürfe keinen trennenden Grund im wirtschaftlichen Kampfe bilden; es sei aber eine aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden. Ferner sollen die Gewerkschaften auch die im Verufe beschäftigten Frauen als Mitglieder aufnehmen. Neben dem Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen solle den Gewerkschaften auch die Ueberwachung der Ausführung der Arbeiterschutzgesetze und die Betätigung gesundheitschädlicher Betriebsformen, des Schmutz- und Trudistems obliegen. Streiks und Boykotts seien notwendige Mittel zur Erreichung ihrer Aufgaben; die Gewerkschaften aller Länder seien verpflichtet, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen. Dagegen sah der Kongress die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

Der Pariser Kongress (1900) empfahl erneut dringend die gewerkschaftliche Organisation. Die Festsetzung eines Lohnminimums in den einzelnen Ländern und Verufen sei nur möglich, wenn dies

durch starke Gewerkschaften geschehe. Die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik erklärte auch dieser Kongress für nicht gegeben. Das nächste Erfordernis sei die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfange der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien abhängig ist.

Auch der Amsterdamer Kongress (1904) berührte diese Frage: er warnte die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, ins Schlepptau nehmen zu lassen, und forderte sie vielmehr auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampfe durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken.

So hat bis jetzt jeder der internationalen Kongresse bereits die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften gewürdigt. Man kann nicht sagen, daß dies nicht schon erschöpfend geschehen sei. Es bleibt kaum eine Seite dieser Frage übrig, die nicht schon auf einem der früheren Kongresse berührt worden wäre. Ueberdies hat, soweit es sich um deren Regelung in Deutschland handelt, der vorjährige Mannheimer Parteitag eine Resolution, der auch seitens der dort zahlreich vertretenen Gewerkschaftler zugestimmt wurde, beschlossen. Diese Resolution lautet:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Massenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.“

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Auch diese Resolution befaßt nichts Neues, was nicht bereits auf internationalen Kongressen, vor allem durch die vorzügliche Londoner Resolution anerkannt worden wäre. Der letzte Absatz der Mannheimer Resolution, der die Parteigenossen auffordert, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaften von sozialistischem Geiste erfüllt werden, deklariert eine sehr überflüssige Pflicht, da die Gewerkschaften seit Jahren selbst in diesem Sinne tätig waren. Er

war wohl nur für diejenigen gefaßt, die einer solchen Verhinderung bedürften. Nach alledem erscheint uns aber das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei, soweit internationale Kongresse überhaupt in Frage kommen, allgem. Regeln aufzustellen, hinreichend geklärt und einer neuen Regelung kaum noch bedürftig. Will der Stuttgarter Kongreß alle diese Beziehungen treffenden Beschlüsse wiederholen oder einseitlich zusammenfassen, so haben wir selbstverständlich dagegen nichts einzuwenden. Eine weitergehende Beschlüßfassung, die das spezielle Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in einzelnen Ländern trifft, erscheint uns schon wegen der verschiedenen Verhältnisse, unter denen beide wirken, unmöglich. Wenn in Schweden und England die Parteitätigkeit als eine Teilaktion der Gewerkschaften erscheint, so zwingen die gesetzlichen Grundlagen in anderen Ländern zu einer äußeren Trennung und Arbeitsteilung. In Frankreich stehen die Gewerkschaften sogar in einem gewissen Gegensatz zur Partei, und in Nordamerika stehen sie den bürgerlichen Parteien näher als der Sozialdemokratie. Diesen gegenüber würde es genügen, auf die feitherigen Beschlüsse der internationalen Kongresse hinzuweisen. Etwas Neues kann der Kongreß auch ihnen nicht sagen. Ebenso wenig kann er in die Taktik der Partei und Gewerkschaften einzeln oder aller Länder eingreifen, weil diese durch die jeweiligen Verhältnisse ihres Wirkungskreises bedingt wird. Jedenfalls ist diese ganze Frage nicht als eine solche anzusehen, zu deren Klärung und Beschlüßfassung es noch tagelanger Debatten bedürfte, die die kostbare Zeit des ohnehin überlasteten Kongresses übermäßig beanspruchen.

Dagegen bedarf es zurzeit an vorletzter Stelle stehende Frage der Ein- und Auswanderung einer sehr eingehenden Klärung, die den Schwierigkeiten, mit denen eine allgemeine Entscheidung über dieses Problem zu rechnen hat, im vollen Umfang gerecht wird. Die schriftliche Diskussion über die Einwanderungsfrage hat leider viel zu spät, erst knapp vor dem Kongreß selbst, eingeleitet. Sie hat zwar einige sehr bedeutungsvolle Arbeiten von bleibendem Wert zutage gefördert, so die Aufsätze von Schippel in Nr. 41 der „Neuen Zeit“ und in der Augustnummer der „Soz. Monatshefte“, ferner die Arbeiten von Bauer in Nr. 41 der „Neuen Zeit“ („Proletarische Wanderungen“), von Eckstein in Nr. 42 („Zur Ausfrage“) und von Grünwald in Nr. 44 ebenda („Die fremden Arbeitskräfte in Deutschland“): Aber diese Arbeiten lassen zugleich

## Ferdinand Lassalle.

Das Volk ehrt seine Toten! Und so wird die Klassenbewusste Arbeiterchaft den 31. August nicht vorübergehen lassen, ohne seines Vorkämpfers Ferdinand Lassalle zu gedenken. Es sind nun schon 43 Jahre verfloßen, seit die Krankeunde Deutschland durchzog, daß Ferdinand Lassalle, der Führer der Arbeiter, der eiserne Kämpfer, gefallen sei. Der die Arbeiter zum Erwachen rief, um ihre Interessen und Rechte geltend zu machen, er war durch ein Verhängnis dahingerafft. Doch nicht vergebens hat seine glühende Beredsamkeit die Massen erweckt und begeistert. Das Volk hat ihn gehört und verstanden. Aus dem Anfange seiner Agitation entwickelte sich die große Arbeiterbewegung, die größte Volksbewegung der Jetztzeit. Und Lassalle war einer der bedeutendsten Vorkämpfer.

Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 in Breslau als Sohn eines Seidenwarenhändlers geboren. Im Frühjahr 1840 siedelte er, 15 Jahre alt, nach Leipzig über, um Kaufmann zu lernen, und besuchte daselbst die Handelsschule. Auch sein Vater war regelmäßig zur Messe in Leipzig, und zwar im Brühl, zwischen Katharinen- und Hainstraße, hatte er seinen Laden, in dem er seine Waren feilbot. Lassalle besuchte allerdings die Handelsschule mit schlechtem Erfolge. Er hatte für die Beschäftigung eines Handelsgehilfen kein Interesse und suchte seinen Lebenslauf in höheren Aufgaben. Und so schreibt er auch in seinem Tagebuche unterm 3. August 1840: „Ich glaube fest, der Zufall oder lieber die Vorsehung wird mich aus dem Kontor herausreißen und auf einen Schauplatz werfen, wo ich wirken kann. Ich traue auf den Zufall und meinen festen Willen, mich mehr mit den Mufen als den Haupt- und Strazabildern, mich mehr mit Hellas und dem Orient, als mit Indigo und Runkelrüben,

erkennen, wie schwer es ist, eine Entscheidung zu treffen, ohne die vitalsten Lebensinteressen der Arbeiterbewegung einzelner Länder zu benachteiligen. Wir haben darauf verzichtet, Regeln vorzuschlagen, die für alle Länder in gleicher Weise maßgebend sein sollen, und uns darauf beschränkt, die Grundzüge zu skizzieren, die für eine Regelung in Deutschland zu beachten wäre. Von Interesse dürfte jedoch der Hinweis sein, daß bereits der Londoner Kongreß die eine Seite dieser Frage, soweit sie die gewerkschaftliche Freizügigkeit betrifft, durch einen Beschluß berührt hat. Er beschloß in seiner die Gewerkschaften betreffenden Resolution:

„Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten, als die einheimischen.“

Wir haben bereits früher dargelegt, daß die deutschen Gewerkschaften seither stets in diesem Sinne tätig waren und internationale Vereinbarungen mit den verwandten Berufsverbänden abgeschlossen haben, um den vom Auslande einwandernden Gewerkschaftsmitgliedern ihre bisher erworbenen Rechte zu wahren. Wenn die Gewerkschaften einzelner Länder, vor allem die in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in dieser Beziehung zu wünschlichen übrig lassen und den Ausländern gegenüber vielfach eine abwehrende Haltung einnehmen, so ist das natürlich zu beklagen und fordert die schärfste Kritik heraus. Indes hat es speziell die deutsche Gewerkschaftszentrale an Bemühungen, auch jene Gewerkschaftsnationen in den Kreis internationaler Gegenseitigkeitsverträge einzubeziehen, nicht fehlen lassen und nach dieser Richtung aus bereits Erfolge erreicht.

Die übrigen Tagesordnungspunkte des Kongresses sind politischer Natur und berühren die Gewerkschaftsinteressen nicht unmittelbar. Die deutschen Gewerkschaften werden auf dem Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in einer ihre Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung würdig repräsentierenden Stärke vertreten sein. Sie können mit Genugtuung auf den enormen Aufschwung hinweisen, den ihre Organisationen seit 1896, als der Kongreß im Lande der Gewerkschaften tagte, zu verzeichnen haben. Sie sind sich aber auch bewußt, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland stark und mächtig wurde, weil sie sich rückhaltslos auf den Boden des Klassenkampfes

mehr mit Thalien und ihren Priestern, als mit Krämer und ihren Kommiss zu beschäftigen, mich mehr um die Freiheit als um Warenpreise zu kümmern, heftiger die Kunde von Aristokraten, die dem Menschen sein erstes und größtes Recht nehmen, als um Konkurrenten, die den Preis verschlechtern, zu verwünschen. Aber beim Verwünschen solls nicht bleiben.“ Und so studierte er in der Einsamkeit seines kleinen Zimmers die Literatur des klassischen Altertums und vertiefte sich in Heines Werke. So reiste in ihm der Entschluß, dem Kaufmannstande zu entsagen. So oft der alte Lassalle nach Leipzig kam, bestürmte ihn Ferdinand um die Einwilligung, daß er die Handelsschule verlassen und dafür studieren dürfe. Verschiedene Konflikte zwischen ihm und seinen Lehrern brachten es auch so weit, daß er im Sommer 1841 die Handelsschule verließ und nach Breslau zurückkehrte.

Die Eltern gaben dem Wunsche des Sohnes nach, und so studierte Lassalle zunächst an der Universität zu Breslau und später an der Berliner Universität mit großem Eifer und Fleiß Philosophie und Philologie. Am diese Zeit begann er auch mit seinem großen philosophischen Werke „Heraklit der Dunkle“. Nach der Beendigung seiner Studienzeit in Berlin 1844 setzte er seine Studien über griechische Philologie und Philologie in Paris 1845 fort. Hier erfüllte sich auch sein längstgehegter Wunsch, die persönliche Bekanntschaft Heinrich Heines zu machen.

Heine, der große Skeptiker, der stets seinen Zeitgenossen mit Spott und Zweifel gegenübertrat, erkannte mit Seherblick den genialen Geist des kaum zwanzigjährigen Studenten. In einem Briefe an Barnhagen von Ende vom 3. Januar 1846 gibt Heine eine treffende Charakteristik Lassalles, und im Schlußsatz bekundet sich sogar der prophetische Seherblick des Dichters. Es sei hier nur der

stelle und vom Geiste des Sozialismus erfüllt war und weil sich ihr Wirken nicht im nationalen Rahmen erschöpfte, sondern auch der Förderung der Organisation der Arbeiter in anderen Ländern im Sinne der internationalen Gestaltung des Gewerkschaftskampfes zuwandte. Sie hat den wahren Sinn des Weltkampfes.

### „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch“

zur vollen Geltung gebracht und in die Tat umgesetzt. Die deutschen Gewerkschaften werden durch ihre Mitarbeit am Stuttgarter Kongreß bekunden, wie ernst ihnen das gedeihliche Zusammenwirken mit den politischen Organisationen zu Ruß und Fronten der gesamten Arbeiterbewegung ist. Möge dieses einige Wirken auch in allen übrigen Ländern die Arbeiterklasse stärken und aufwärts führen und alle Differenzen ausschleiden, die sich noch hier und da zum Schaden der Arbeiterklasse bemerlich machen. Und mögen die Beratungen des ersten internationalen Arbeiterkongresses auf deutschem Boden zu Ergebnissen führen, die für die Arbeiter aller Länder ein Wegweiser sind. „Corr. Bl.“

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Die gewerkschaftlichen Organisationen haben im verfloßenen Jahre, sowohl in bezug auf Ausdehnung, wie Finanzkraft und der inneren Einrichtung so bedeutende Fortschritte gemacht, wie dies kaum zu erwarten war. Neben den Zentralverbänden haben die christlichen Gewerkschaften bedeutenden Mitgliederzuwachs und eine Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen, während die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften nur geringen Zuwachs aufzuweisen haben. Nach der soeben im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission (Statistische Beilage Nr. 3) veröffentlichten Statistik hatten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 1906 im Jahresdurchschnitt 1 689 709 Mitglieder und am Jahresluß 1 799 293 Mitglieder. Insgesamt sind in Deutschland in den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen, Zentralverbänden, Lokalvereinen, Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften und in den sogenannten „unabhängigen Gewerkschaften“ 2 215 165 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaftsgruppen, sowie die Zu- resp. Abnahme derselben ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Schluß des Briefes wiedergegeben: — Herr Lassalle ist nun einmal ein so ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entfremdung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurchgehungen und hindurchgefahlet. Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren; wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, hasteten nach Schattenkissen und blauen Blumengerüchen, entfragten und flemten und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.“ Als Lassalle nach Beendigung seiner Studien 1846 nach Berlin zurückkehrte, wurde er bei der Gräfin Sophie von Hatzfeld eingeführt. Dies war ein bedeutungsvolles Ereignis für die ganze Zukunft Lassalles. Es warf ihn aus den Bahnen, auf denen er so sicher gewandelt war, und stürzte ihn in einen Strudel von Verwirrungen und Kämpfen, die seinen wissenschaftlichen und politischen Zielen fernlagten.

Die Gräfin von Hatzfeld war von ihrem Gatten, dem Grafen von Hatzfeld verlassen und der Gefahr ausgesetzt, der bitteren Not und dem Hunger preisgegeben zu werden. Die Brutalitäten des Grafen gingen noch so weit, der Gräfin ihren Liebbling, ihren Sohn Paul, den nachmaligen deutschen Gesandten in London, zu entreißen und sie in Verhaft zu bringen. In diesem Elend lernte Lassalle die Frau kennen und beschloß, sie zu ihrem Rechte zu führen und erbot sich, ihre Klage zu vertreten. Die Führung des Prozesses war eine Riesenaufgabe Lassalles. Neun Jahre lang beschäftigte der Prozeß sechsunddreißig Gerichte. Allgemein bekannt dürfte die Anklage gegen Lassalle wegen Verleitung zum Rassenverderb sein. Wo er am 11. August 1848 am siebenten Verhandlungstage seine sechsstündige berühmte Verteidigungsrede hielt, durch die er zum ersten Male die Augen der

	Mitgliederzahl		Zunahme	
	1905	1906	absolut	in %
Zentralverbände	1 844 803	1 689 709	844 906	25,6
Lokale Vereine	27 736	13 145	—	—
S. u. D. Gewerkschaften	117 097	118 508	1 411	1,2
Schriftl. Gewerkschaften	265 032	320 248	55 216	20,8
Anabhängige Vereine	65 262	73 544	8 282	12,7
Zusammen	1 819 930	2 215 165	409 815	22,5

Die Lokalvereine haben demnach eine Abnahme von 14 591 Mitgliedern zu verzeichnen. Diese Angaben beruhen allerdings auf Schätzungen der Vorstände der Zentralverbände, genaue Angaben liegen von diesen Organisationen weder über die Mitgliederzahl noch über die Klassenverhältnisse vor. Es läßt sich deshalb auch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob ein Verlust an Mitgliedern in den Lokalvereinen tatsächlich eingetreten ist.

Mit der Gesamtzahl von weit über 2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern steht Deutschland an der Spitze aller Industrieländer. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die deutschen Arbeiter im Vergleich mit denen anderer Länder am besten gewerkschaftlich organisiert seien. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten dürfte im Verhältnis zu der Zahl der organisationsfähigen Industriearbeiter in einigen anderen Ländern, wie England, Dänemark, Schweden, größer sein als in Deutschland. Die Mitgliederzunahme, die insbesondere die gewerkschaftlichen Zentralverbände in den letzten beiden Jahren aufzuweisen haben, läßt jedoch die Hoffnung begründet erscheinen, daß in nicht allzu ferner Zeit die deutschen Gewerkschaften auch nach dieser Richtung denen der genannten Länder gleichkommen werden.

Seit dem Jahre 1903 ist die Mitgliederzahl in den Zentralverbänden ganz rapid gestiegen, wie folgende Uebersicht ausweist:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber d. Vorjahrs	
		absolut	in Proz.
1902	793 206	55 696	8,2
1903	887 698	154 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5
1905	1 844 803	292 695	27,8
1906	1 689 709	844 906	25,6

Die Mitgliederzunahme stellt sich also, wenn die Mitgliederzahl des vierten Quartals 1906 im Vergleich gestellt wird, noch etwas höher. Es hatten

ganzen gebildeten Welt auf sich lenkte. Er kritisierte dort zunächst das eigentümliche Prozeßverfahren gegen seine Freunde Dppenheim und Mendelssohn. Schilberte dann in glühender Beredsamkeit das Unglück der Gräfin, und als Motivierung, warum er die Sache der Gräfin geführt, erklärte Lassalle: „Wo alle Menschenrechte beleidigt werden, wo selbst die Stimme des Blutes schweigt und der hilflose Mensch verlassen wird von seinen geborenen Beschützern, — da erhebt sich mit Recht der erste und letzte Verwandte des Menschen, der Mensch.“ Lassalle hatte inzwischen der Gräfin eine Rente von 800 Talern jährlich erstritten und sich dem Grafen und seinen Komplizen so verhaft gemacht, daß sie ihn um jeden Preis zu vernichten suchten. Aber auch in anderer Beziehung hin hatte sich Lassalle in den höheren Kreisen mißliebig gemacht. Die französische Februarrevolution des Jahres 1848 warf die Wogen der revolutionären Begeisterung auch nach Deutschland herüber. Und hier stand Lassalle neben Freiligrath in den vorbersten Reihen der Demokraten, er suchte Verbindungen mit den Arbeitervereinigungen und förderte die Verbreitung der freiheitlichen Ideen in jeder Weise. In diese Zeit fällt auch die Annäherung Lassalles und Karl Marx.

Die Wogen der Bewegung von 1848 gingen hoch, als Lassalle wieder in das politische Leben trat. So leistete Lassalle in der Novemberkrise von 1848 dem Aufruf des demokratischen Kreisausschusses begeisterte Heeresfolge. Im Auftrag der Düsseldorfser Bürgerwehr und der Landwehrmänner des Düsseldorfser Kreises verfaßte er Adressen an die Nationalversammlung, worin es hieß: „Der passive Widerstand ist erschöpft. Wir beschwören die Nationalversammlung: erlassen Sie den Ruf zu den Waffen, den Ruf zur Pflicht.“ Aber die Nationalversammlung erließ den ersuchten Ruf

die Zentralverbände im vierten Quartal 1905 1 429 303, im ersten Quartal 1906 1 548 978, im zweiten Quartal 1 666 775, im dritten Quartal 1 741 953 und im vierten Quartal 1906 1 799 293 Mitglieder, somit gegenüber dem vierten Quartal 1905 eine Mitgliederzunahme von 369 990.

Die größte Mitgliederzunahme hatte der Metallarbeiterverband und die geringste der Verband der Bildhauer. Einen Verlust an Mitgliedern hatten die Organisationen der Blumenarbeiter 195, Formstecher 45, Konditoren 477, Rotenstecher 2 und Wäschearbeiter 1239.

Mehr als 5000 neu gewonnene Mitglieder im Jahre 1906 haben folgende 13 Verbände aufzuweisen: Metallarbeiter 75 883, Fabrikarbeiter 47 845, Textilarbeiter 33 724, Sanbels- und Transportarbeiter 81 130, Bauhilfsarbeiter 29 164, Maurer 25 067, Holzarbeiter 21 576, Zimmerer 9124, Hafnarbeiter 8332, Tabakarbeiter 6845, Schuhmacher 6776, Brauereiarbeiter 5260, Bergarbeiter 5187. Von der Gesamtzunahme an Mitgliedern entfallen auf die vorstehenden Verbände 304 913, und auf die übrigen 44 Verbände, welche eine Zunahme aufzuweisen haben, 39 993 Mitglieder.

Die Zahl der weiblichen Arbeiter in den Zentralverbänden betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118 908. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre beträgt 44 497—59,8 Prozent. Der Verband der Textilarbeiter allein hat 37 020 weibliche Mitglieder. Eine größere Zahl weiblicher Mitglieder haben ferner die Verbände der Metallarbeiter 13 305, Tabakarbeiter 12 883, Fabrikarbeiter 10 736, Buchbinder 8718, Buchbinderhilfsarbeiter 6860, Schuhmacher 4528, Wäschearbeiter 4511, Schneider 3567, Handlungshelfen 3395, Holzarbeiter 3005, Sanbels- und Transportarbeiter 1964, Gutmacher 1593 und Porzellanarbeiter 1434.

In der Organisation der Arbeiterinnen ist ein ganz bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. Der Agitation unter den Arbeiterinnen wird in allen Organisationen eine größere Aufmerksamkeit geschenkt, und so ist zu erwarten, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder auch weiter sich vergrößern wird. (Schluß folgt.)

## Korrespondenzen.

**Siegen-Bielefeld.** Am Sonntag, den 21. Juli, fand eine Mitgliederversammlung in Bielefeld statt, an der leider eine Anzahl Mitglieder infolge Sonn-

nicht, am 22. November wurde Lassalle mit Cantador, Kommandant der Düsseldorfser Bürgerwehr, und dem Arbeiter Deyhler verhaftet. Es begann eine gerichtliche Prozeß, die an schamlosen Rechtsverletzungen zu dem schlimmsten gehörte, was die traurigen Novemberverbrechen vor sich gebracht haben. Der wütende Haß, womit die rheinischen Justizbehörden Lassalle verfolgten, bewies, daß er in der Angelegenheit Hoßfeld ein Prinzip vertrat, nämlich eine durch und durch verumpfte Justiz aus dem Sumpfe aufzujagen, in dem sie sich behaglich sonnte. Während Marx, Schnapper und Schneider wegen derselben Handlungsweise angeklagt waren, zum bewaffneten Widerstand gegen das Militär und die Beamten aufgefordert zu haben, was nach dem damaligen Gesetz als bloßes Vergehen galt, wo eine Untersuchungshaft nicht nötig war, und im Falle der Verurteilung nur ein paar Monate Strafbuß nach sich zog, wurde Lassalle des Kapitalverbrechens angeklagt, zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgefordert zu haben. Wonach die Untersuchungshaft geboten und im Falle der Verurteilung die ganze bürgerliche Existenz Lassalles bedroht war. Am 3. Mai 1849 kam der Prozeß gegen Lassalle zur Verhandlung. Nachdem Lassalle von den Geschworenen freigesprochen worden war, führte die Justiz die Schandtat aus, ihn wegen derselben Sache nochmals vor besoldeten Richtern zu führen. Das Justizpolizeigericht befehlte sich auch mit dieser Schandtat und verurteilte Lassalle zu sechs Monate Gefängnis.

Zu seinen wissenschaftlichen Arbeiten zurückgekehrt, vollendete Lassalle noch in demselben Jahre sein Hauptwerk: „Das System der erworbenen Rechte, eine Verjüngung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie“. Er bekämpfte darin den Grundsatz, daß die bestehende Gesellschaftsordnung mit allen ihr entfließenden Rechten und Gesetzen

tagsarbeit nicht teilnehmen konnten. Koll. Euler verlas nach der Eröffnung verschiedene Einläufe, die zur Kenntnis genommen wurden. Der Rechenschaftsbericht wurde geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Ferner konnten wieder 4 Mitglieder aufgenommen werden, so daß die Zahlstelle jetzt aus 18 Mitgliedern besteht. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Karl Seibert Vorsitzender, Ludwig Euler Kassierer, Karl Fr. Fender Schriftführer, Wolf Han und Hermann Will Revisoren. In der Versammlung wurde noch beschlossen, da die Agitation am Orte bis jetzt sehr vernachlässigt wurde, dieselbe von nun ab mit aller Energie zu betreiben und mehr Versammlungen abzuhalten. Die nächste ist im August in Siegen geplant. B.

**Nürnberg.** In einer am Sonntag, den 4. August abgehaltenen kombinierten Versammlung der Zahlstellen Nürnberg und Fürth referierte Koll. Redling über die Vorteile der nun am 1. Oktober perfekt werdenden Verschmelzung der beiden Zahlstellen Nürnberg und Fürth. Redner gab einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung derselben. Schon bei der Errichtung des Nachweises habe man eine spätere Verschmelzung in Betracht gezogen. Die ganze Entwicklung und das Zusammenwachsen beider Städte dränge auf einen Zusammenschluß. Fürth und Nürnberg seien ein Interessengebiet nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Bei größeren Lohnkämpfen Abschluß von Tarifverträgen, gingen beide Städte stets zusammen. Auch unsere Unternehmer, vor allem der Stützverband deutscher Steindruckereibesitzer habe im Vorjahre bei den Verhandlungen betont, daß auch er ein Interesse daran habe, daß in beiden Städten einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeführt werden. Wenn nun heute noch speziell im Buchdruck, aber auch im Steindruck in Fürth schlechtere Lohnverhältnisse seien, so liege dies lediglich an der Interessenslosigkeit der Fürther Mitglieder. Durch die Verschmelzung des Arbeitsnachweises am 1. Oktober gewinne derselbe auch mehr Bedeutung für die in Fürth wohnenden Mitglieder. Die Beitragsleistungen und Unterstützungssätze seien in beiden Städten die gleichen, auch sei es erwünscht, daß sich die Mitglieder in den letzten Versammlungen einmütig für die Verschmelzung ausgesprochen haben und darauf hinwiesen, daß andere Organisationen den Weg längst gegangen sind. In der Diskussion wurde gerügt, daß sich in letzter Zeit eine bedauerliche Gleichgültigkeit bei den Vertrauenspersonen zeige; doch gab man der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Neuwahl der Verwaltung nur die befähigten Mitglieder beider Orte gewählt würden. Unter Verschiedenes gab Dagner einen Beschluß der Verwaltung bekannt, vor dem nächsten Verbandstage eine süddeutsche Zahlstellen-Konferenz abzuhalten. Der Zweck der-

für alle Zeiten heilig gehalten werden müßte, und stellt ihm die Lehre gegenüber, daß jede Zeit ihr Selbstbestimmungsrecht habe und keine unter der Herrschaft einer anderen, vergangenen Zeit stehe, weshalb auch keine verpflichtet sei, das, was ihrem Rechtsgefühl widerspricht, oder was ihr als Unrecht erscheint, als Recht noch fortbestehen zu lassen. In derselben Zeit gab er auch ein kleines Schriftchen „Fichte's politisches Vermächtnis“ heraus, in dem er den freiheitlich nationalen Geist der Lehren Fichte's erläutert. 1862 verfaßte er eine Schrift gegen Julian Schmidt, den Literaturhistoriker, an dem er eine vernichtende Kritik übte. Im gleichen Jahre betrat Lassalle auch nach langer Zeit wieder die Tribüne, um zum Volke zu sprechen. Es war die Zeit der Verfassungskämpfe in Preußen. Vor den Berliner Arbeitern entwickelte Lassalle sein Programm über die Verfassungsfragen. Es würde den Rahmen eines bloßen Artikels überschreiten, wollte man näher auf die einzelnen Reden und Schriften eingehen. Jeder, der sich für die erwähnten Reden oder Schriften interessiert und ihren Inhalt näher kennen lernen will, erhält sie in fast jeder Arbeitervereinsbibliothek geliehen. So ist die Rede, die er vor den Berliner Arbeitern gehalten hat, unter dem Titel: „Ueber Verfassungswesen“ und eine Fortsetzung unter: „Was nun?“ erschienen. Am 12. April 1862 sprach Lassalle vor den Berliner Handwerkervereinen der Drianteburger Vorstadt, diese Rede ist unter dem Titel: „Arbeiterprogramm“ gedruckt und gleich darauf konfiszirt worden. In Arbeiterkreisen verstand sie jedoch ihre Wirkung nicht. Sie gab vielmehr den Anstoß zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der jetzigen Sozialdemokratie in Leipzig. (Schluß folgt.)

selben soll sein, gegenseitige Erfahrungen in der Agitation und bei Abschluß von Tarifverträgen auszutauschen, auch müsse man Stellung nehmen gegen das Umsichgreifen der christlichen Organisation. Redling geht insbesondere auf die letzte Bewegung bei Rißler ein, bei der wir mit den Schwarzen zu rechnen hatten und den Streik verloren, weil eben die Christlichen ihr Wort nicht gehalten, sondern stehen blieben. Er stellt den Antrag, den Gauvorstand zu beauftragen, sich mit den in Frage kommenden Zahlstellen in Verbindung zu setzen und als Tagungsort Nürnberg oder Würzburg in Vorschlag zu bringen. Die Versammlung stimmte dem zu. Die Verwaltung wurde dann noch beauftragt, sich mit den graphischen Organisationen am Orte behufs Gründung eines graphischen Kartells in Verbindung zu setzen. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden und der Aufforderung zum fleißigen Mitarbeiten bei der Gewinnung neuer Mitglieder fand Schluß der Versammlung statt.

R.

**Strasbourg.** Außerordentliche Generalversammlung vom 27. Juli 1907. Beginn der sehr schlecht besuchten Versammlung um 7 Uhr. Der Vorsitzende verliest eine Parte der Kollegen von Lahr, wonach dieselben am Sonntag, den 28. Juli 1907, die Straßburger Kollegen besuchen wollen und fordert die Kollegen auf, recht zahlreich an dem Empfang der Lahrer Kollegen teilzunehmen. Nach der Protokollverlesung wird die Geschäftsordnung beraten. Dieselbe wird auch mit einigen kleineren Zusätzen und Änderungen genehmigt und tritt sofort in Kraft. Im nächsten Punkt, Antrag der Kollegen von Schulz u. Comp., bedeutet Koll. Brehm, daß von den 19 Antragstellern nur 6 oder 7 erschienen sind. Der Antrag auf Abstimmung wird mit einfacher Stimmenmehrheit mit 18 gegen 14 Stimmen angenommen. Zugleich wird eine Prüfungskommission von 6 Mitgliedern gewählt, welche die Stimmzettel zu prüfen haben; dieselben sind Burkhardt, Müller, Kraft, Schneider, Weller, und Kollegin Trieb. Unter Punkt Kartellbericht erklärt Koll. Burkhardt, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Kartellbesprechungen zu besuchen, und bittet die Kollegen, jemand anders damit zu betrauen. Die Sache wird dem Vorstand überlassen. Unter Berichtsbereich erklärt Koll. Brehm, daß er sein Amt als 1. Vorsitzender niederlege, und bittet die Versammlung, einen anderen Vorsitzenden zu wählen. Als 1. Vorsitzender wird der vorherige 2. Vorsitzende Koll. A. Erwein, und an dessen Stelle Koll. Weller gewählt. Koll. Brehm klagt auch über den Verbands-Vorstand. Der Sachverhalt ist folgender: Koll. Brehm hat die Verbandsstatuten an die Polizei-Behörde zur Genehmigung eingereicht, bekam dieselben jedoch wieder zurück mit dem Bemerkten, daß dieselben vom Verbandsvorstand unterschrieben sein müssen. Die Statuten wurden nach Berlin geschickt mit einem diesbezüglichen Bescheid, sind aber bis heute trotz wiederholtem Ersuchen noch nicht zurückgeschickt worden. Es werden auch Klagen geführt über Handhabung des Arbeitsnachweises. In der Druckerei Schulz u. Comp. soll der Versuch gemacht werden, für die Punkttierer eine kleine Lohnerhöhung zu erlangen, weil dort bloß Punkttierer eingestellt werden. Koll. Wolff macht nochmals auf die Arbeitslosen-Unterstützung der Stadt Strasbourg aufmerksam. Koll. Gasser beschwert sich, daß er immer noch nicht nach Tarif bezahlt werde. Koll. Wolff erklärt ihm den einschlägigen Weg. Ebenso beantragt Koll. Wolff die Gewährung von Reiseunterstützung an 2 Kolleginnen, welche aus Solidaritätsgesühl abreisen wollen. Dieselbe wird auch gewährt. Koll. Diebold stellt den Antrag, die Restanten auszuschießen. Koll. Brehm erklärt jedoch, noch einen letzten Versuch machen zu wollen, daß die restierenden Beiträge bezahlt werden. Es wird auch noch beschlossen, einen Monatsrapport auszugeben, sowie noch einmal diesen Sommer einen kleinen Ausflug zu unternehmen. Die nächste Versammlung wird auf Montag, den 26. August 1907, festgesetzt. Hierauf Schluß der Versammlung.

R. L.

## Rundschau.

Der fünfte Internationale Buchdruckerkongress wurde, wie bereits in Nr. 15 mitgeteilt, am 9. Juli in Paris eröffnet. Vertreten waren 18 Organisationen der folgenden Länder bzw. Nationen: Schweiz, Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Italien, Luxemburg, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Portugal, England und Schottland. Zur Verhandlung stand zunächst als wichtigster Punkt die Frage der Aufgaben, die dem Internationalen Sekretariat zuzuteilen seien. Anträge aus Dänemark, Oesterreich und Frankreich wünschten eine neue Regulierung der Aufgaben des Sekretariats in den zu führenden Lohnkämpfen. Teilweise gehen

diese Anträge darauf hinaus, das Sekretariat mit weitergehenden Vollmachten zu versehen, wodurch der Sekretär mit der Beaufsichtigung der Lohnkämpfe betraut werden und eventuell die Leitung in die Hand nehmen müßte. Begründet wurde diese beantragte Erweiterung der Aufgaben des Internationalen Sekretärs damit, daß lebhaftest Klagen über mangelhafte und unzureichende Berichte bei Lohnbewegungen sehr häufig seien. Einzelne Befürworter der Anträge wünschten gar, auf diesem Wege zu einem internationalen Streikfonds zu gelangen, dem besonders von deutscher Seite entgegengetreten wurde. Von den Gegnern dieser Anträge wurde angeführt, daß das Internationale Sekretariat im wesentlichen ein Ratgeber der Organisationen sein sollte, in ihre Autonomie aber nicht eingreifen dürfe. Man einigte sich schließlich auf folgende Beschlüsse, die die bisher existierenden Minderheiten beiseite lassen: Bei Lohnbewegungen in Gebieten, aus denen dem Internationalen Sekretariate keine oder ihm zweifelhaft erscheinende Berichte über den jeweiligen Stand der Bewegung zugehen, ist die materielle Unterstützung vorläufig einzustellen, und hat sich der internationale Sekretär im Einvernehmen mit der Sekretariatskommission eventuell persönlich an Ort und Stelle zu begeben, um sich die notwendigen Informationen zu verschaffen und der Organisation mit Rat und Tat zur Hand zu gehen. „Wenn ein Verband in eine Lohnbewegung eintreten will, wofür die Zustimmung der übrigen Verbände eingeholt werden soll, so hat er sich über genügende Grundlagen für diese Bewegung auszuweisen. Das Internationale Sekretariat hat diesen Bericht zur Kenntnis der Verbände zu bringen.“ Bezüglich der allgemeinen Einführung von Tagegelbern an die reisenden Mitglieder wurde der bereits auf dem letzten Kongress gefasste Beschluß aufs neue bestätigt, wonach als einheitliche Reiseunterstützung für alle gegenseitigen Mitglieder der Satz von 1 Mk. oder 1,25 Frank pro Tag gelten soll. Wo Tagegelber nicht gezahlt werden, ist ein einheitliches gleiches Disziplinarium zu errichten. Ferner wurde das Internationale Sekretariat beauftragt, für die Einführung einheitlicher Quittungsbücher Sorge zu tragen; eine gleichförmige Erkennungsmarke soll ferner vom Sekretariat herausgegeben werden, die auf die Quittungsbücher der ins Ausland reisenden Verbandsmitglieder gefestigt werden soll. Das Tätigkeitsgebiet des Sekretariats wurde dahin abgegrenzt, daß das Sekretariat sich auf die europäischen Länder beschränken und vor allem versuchen soll, England zum Anschluß zu bewegen. Die anwesenden Delegierten aus England und Schottland erklärten auch, daß sie dem Anschluß an das Sekretariat sympathisch gegenüberstehen und dementsprechend in ihrer Heimat dafür eintreten werden. Eine längere Debatte rief ein Antrag Belgiens hervor, der den Abstimmungsmodus abgeändert haben wollte, wobei den größeren Organisationen das vermeintliche Uebergewicht genommen werden sollte. Diese verwahrten sich gegen die Beschneidung ihres Rechtes auf proportionale Vertretung, und der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Dasselbe Schicksal ereilte ein Antrag auf Schaffung eines internationalen Buchdruckerorgans. Indes sollen Zirkulare zwecks Orientierung der Organisationen über den Stand der internationalen Buchdruckerbewegung häufiger als bisher herausgegeben werden. Die Frage der Aufnahme von Restamenten in den Sejmischenfabriken in den Gebirgsregionen wird innerhalb der Verbandsvorstände zur Erörterung gelangen. Schließlich rief die Frage des Sitzes des Internationalen Sekretariats einige Ueberlegungen hervor, als der Schweizer Typographenbund erklärte, den Sitz des Sekretariats abzulehnen zu wollen. Es wurde eine provisorische Regelung vereinbart, daß das Sekretariat bis auf weiteres in der Schweiz verbleibe. Sollte die im November stattfindende Delegiertenkonferenz des Schweizer Typographenbundes die Weigerung, das Sekretariat zu übernehmen, aufrechterhalten, soll eine aus Ver-

tretern Deutschlands, Oesterreichs und Frankreichs bestehende Kommission die notwendigen Maßnahmen treffen. Soweit die hauptsächlichsten Arbeiten des Kongresses, der am 13. Juli geschlossen wurde.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Rußisch-Polen. Die Gewerkschaftskommission der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens bereitet einen detaillierten Bericht vor über die Entwicklung und die gegenwärtige Lage der ihr unterstellten sozialdemokratischen Gewerkschaften. Fast alle Gewerkschaften sind in Warschau und Lodz konzentriert; außerhalb dieser Städte existieren bloß 4 Gewerkschaften: im Rayon Dombrows ein Maurer- (603 Personen) und Bäckerverband (120 Personen), in Tschentschowo — ein Metallarbeiterverband (50 Personen) und in Petrow — ein Handlungsgesellenverband (54 Personen). Ueber die Gewerkschaften in Warschau und Lodz gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Verbände der	Mitgliederzahl		in	Rassen-
	im ganzen	in Warschau		
Textilarbeiter . . .	17 503	500	17 003	14 353
Metallarbeiter . . .	2 654	1 864	720	4 142
Holzarbeiter . . .	1 826	1 208	620	1 467
Leberarbeiter . . .	2 052	1 554	498	2 664
Maurer . . .	2 850	1 497	250	2 216
Handlungs-				
gesellen . . .	1 782	1 128	600	3 020
Bäcker . . .	2 419	1 802	497	150
Transport-				
arbeiter . . .	205	205	—	600
Schneider . . .	228	226	—	220
Kellner . . .	854	854	—	178
Wagenbauer . . .	312	192	180	580
Futtmacher . . .	41	—	41	350
Buchbinder . . .	185	153	82	200
Druckerarbeiter . . .	320	280	40	600.
Eisenbahner . . .	711	—	—	1 500
<b>Im ganzen</b>	<b>33 420</b>	<b>11 401</b>	<b>20 481</b>	<b>82 287</b>

Keiner dieser Verbände ist legalisiert, weil in der polnischen Sozialdemokratie die Ansicht vorherrscht, daß die Legalisation den sozialdemokratischen Gewerkschaften keinen Nutzen bringen würde. Während ihrer ganzen Existenz haben die Verbände einen erbitterten ökonomischen Kampf geführt, der zum größten Teil bedeutende Erfolge erzielt hat. Insbesondere haben die Leberarbeiter, Bäcker und Schneider bedeutende Erfolge errungen.

## Nachruf.

Am 11. August verstarb nach kurzem Krankenlager unser Gründungsmitglied Fräulein **Frieda Seifert** (aus der Firma Rörner & Lauderbach). Ihr Andenken hält in Ehren die Einzelmütliedschaft Chemnitz.

## Todesanzeige.

Am Mittwoch, den 14. August, verstarb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege **Hermann Frühauf** (aus der Firma Wezel & N.) im 49. Lebensjahre. Die Zahlstelle verliert in dem Verstorbenen einen stets treuen und braven Kollegen, die Wittve und seine 5 unerzogenen Kinder aber ihren Ernährer. Ein treues Andenken bewahrt ihr die Mitgliedschaft Leipzig.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

## Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 7. September 1907, abends 1/6 Uhr:

# Öffentliche Versammlung

im Saale des „Pantheon“, Dresdnerstraße 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag über Arbeiterversicherung. Referent: Genosse Kleis-Wurzen.
2. Halbjährlicher Rassen- und Revisionsbericht.
3. Diskussion und Verbandsangelegenheiten.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Die Ortsverwaltung.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 17.

Berlin, den 24. August 1907.

13. Jahrgang.

## Aus Altenburg.

Seit 1/4 Jahren besteht die hiesige Zahlstelle, und wenn auch der Mitgliederbestand fortgesetzt steigt, so ist derselbe doch nicht mit den bestehenden Verhältnissen, und der bis jetzt angewendeten Agitationsarbeit in Einklang zu bringen. Man möchte meinen, daß ein großer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen, die der Organisation beharrlich fernbleiben, unter so günstigen Verhältnissen leben und arbeiten, die keinerlei Verbesserung bedürfen und sie vollkommen zufrieden stellen. Aber leider ist das Gegenteil die notwendige Folge des herrschenden Indifferentismus. Sind doch noch Löhne für Hilfsarbeiter von Mk. 15.—, Mk. 15.50 und Mk. 17.— nach 22-, 32- resp. 33jähriger Tätigkeit zu verzeichnen. Desgleichen werden noch Anlegerrinnen nach 13—17jähriger Tätigkeit in ein und derselben Firma mit Mk. 9.—, 10.— und 10.50 entlohnt. Für den Zimmerlohn von Mk. 10.50 wird auch noch Nebenbeschäftigung verlangt. Punktierrinnen und andere Branchen müssen sich mit noch weniger begnügen. Anstatt sich nun damit zu beschäftigen, solche traurigen Zustände aus der Welt zu schaffen, wissen manche nichts Besseres zu tun, als sich wegen der geringfügigsten und sinnlosesten Klatscherei vor den Kabi zu zerren und ihr Geld, um welches ihnen zu leid ist, für nutzbringendere Gewerkschaftsbeiträge zu verwenden — aufs Geratewohl zu tragen. Sie begreifen nicht, daß aus dieser ewigen Uneinigkeit nur das Unternehmertum profitiert, denn es rächt sich, wenn das Personal sich gegenseitig zerfleischt und sich so der traurigen Lage nicht bewußt wird, unter welcher es zu leiden hat. Es ist daher hoch an der Zeit, daß sich die Altenburger Kollegschaft auf sich selbst besinnt, die bestehende Uneinigkeit aus ihren Reihen bannet und geschlossen unserer Organisation beiträgt. Namentlich den Kollegen und Kolleginnen der Hofbuchdruckerei, die den Weg zu uns noch nicht gefunden haben, mögen die oben geschilberten Löhne, mit denen sie abgepeißt werden, zu denken geben. Erwartet nicht, daß die Geschäftsleitung freiwillig eure Löhne aufbessert. Nur durch engen Zusammenschluß aller und durch die Organisationszugehörigkeit werdet ihr stark genug, um das zu fordern, was man euch bis jetzt vorenthält. Aber auch an die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Spielkartenfabrik ergeht an dieser Stelle der Zuruf: Organisiert euch! Wenn auch in dieser Firma derzeit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen wie anderwärts, so vergesst nicht, daß, wie schon dargelegt, verschiedene schöne Einrichtungen durch Willkürherrschaft zerstört wurden und ihr alle Ursache habt, das bestehende zu erhalten und zu vervollkommen. Ihr helft mit eurem Beitritt auch den übrigen in anderen Betrieben stehenden Kollegen und Kolleginnen ihre Lage verbessern, und deren Interessen sind doch auch eure. An die Mitglieder unserer Zahlstelle aber richten wir die Bitte, nicht in der Agitationsarbeit zu erlahmen. Denkt nicht, wenn ihr eure Beiträge bezahlt und die Verwaltung gewählt habt, daß ihr eurer Pflicht schon voll und ganz nachgekommen seid. Jedes einzelne Mitglied muß unablässig aufklärend und verbündend unter seinen noch indifferenten Mitarbeitern wirken, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin in unseren Reihen steht. Nur dann wird es uns gelingen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Altenburger Hilfsarbeiterschaft genau wie in so vielen anderen Orten tariflich festzulegen.

Am 29. Juli hielt Kollege Schulze-Leipzig ein Referat über „Unsere Stellungnahme zu der anhaltenden Teuerung aller Lebensmittelbedürfnisse“. Wenn auch der Besuch dieser Versammlung kein schlechter genannt werden kann, so könnte doch die Mitglieder der Verwaltung durch einen besseren Besuch belohnt werden. Der Vorsitzende begrüßte im Namen der Zahlstelle Kollegen Schulze und erteilte

ihm das Wort zu seinem Referat. Derselbe entledigte seiner Aufgabe in 1/4stündiger, leichtverständlicher Weise und führte ungefähr folgendes aus: Teuerungen resp. Preisschwankungen der meisten Produkte sind schon früher bekannte Erscheinungen gewesen. In der Hauptsache handelte es sich aber um folgende Ursachen der Teuerungen: Mißernten, See-Krieg, indirekte Steuern, in letzter Linie durch die vom letzten Reichstag beschlossenen Zölle auf alle Lebensmittel. Trotz alledem sind noch Preisschwankungen möglich, die aber mehr und mehr nur nach oben gehen und nicht nach unten, dafür bürgen die schnell entwickelten Organisationen der Unternehmer, Fabrikanten, Börsenmänner, Groß- und Kleinhändler. Die Gewerbefreiheit besteht noch, die Preise der Produkte aber bestimmt nicht mehr der einzelne Unternehmer, sondern dessen Organisationen, die Verbände, wie Krust's und Ringe usw., wie sie sich so schön nennen. Heute verkauft der Bäcker seine Semmel und Brot und der Fleischer sein Fleisch und Würstchen nicht mehr, wie es ihm beliebt, sondern wie es ihm seine Organisation vorschreibt. Auch die Fabrikanten tun daselbe. Kein Bergwerks-, Eisenhüttenbesitzer oder Papierfabrikant bestimmt den Preis der Ware, wie es ihm beliebt, nach seinem Herstellungspreis, sondern die Preise sind ihm vorgegeschrieben, höchstens, daß er sich gern mehr bezahlen läßt. Der eigene Herr in dieser Beziehung ist er auch nur dem Namen nach. In der Spitze marschieren natürlich die Unternehmer im Buchdruckgewerbe oder das ganze Druckgewerbe, was die Buchschaft am Anfang des Jahres 1907 sehr empfindlich erfahren hat. Wollen wir zu solchen Teuerungen als Gewerkschaft Stellung nehmen, so stehen uns nur wenige Wege zur Auswahl. Im Reichstag und in den Landtagen hatten wir schon früher zu wenig Vertreter für die arme Bevölkerung. Diese Vertreter sind nach den Wahlen in diesem Jahre noch weiter geschwächt, was noch einen sehr großen Schaden in den unteren Schichten herbeiführen wird, der teilweise schon jetzt zur Ernüchterung geführt hat. Da wir nun auf die allgemeine Preisregelung sehr wenig oder fast gar keinen Einfluß als organisierte Gewerkschaftler ausüben können, ist das nächste Hilfsmittel, daß wir zur Erhaltung unserer Körper- und Arbeitskraft höhere Löhne haben müssen, um nicht der Verelendung entgegen zu steuern. Für höhere Löhne haben die Gewerkschaften seit Jahrzehnten mit Erfolg gekämpft, dies tun auch wir in unserer Gewerkschaft. Wer sich den Gewerkschaften als Mitarbeiter und Mitarbeiterin anschließt, der erfüllt große Aufgaben. Vor allem trägt er dazu bei, daß wir auch unter der gegenwärtigen günstigen Konjunktur uns kräftigen, den gestiegenen Anforderungen nachzukommen, des weiteren unsere Kräfte stärken, um auch die kommenden Krisen großer Arbeitslosigkeit ohne großen Schaden zu überstehen und eine sogenannte Hochkonjunktur nicht unbenutzt nach dem Beispiel der Gründerjahre von 1870 verstreichen zu lassen. Unserem rechtzeitigen Mahnruf Folge zu leisten, ist heilige Pflicht aller Unzufriedenen und deren gibt es noch viele, welche nicht wissen, wo sie Hilfe finden. In unserem Verband, in unsrer Zahlstelle Altenburg sammeln wir alle, die als ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen in den Druckereien vorübergehend oder zeitweilig ihr Brot suchen. Und wenn wir hier am Ort noch Berufsgenossen haben, welche gar glauben, daß ihnen das Elend noch nicht nahe ist, daß diese die gewerkschaftliche Hilfe noch entbehren können, dann wird sich eine gar zu große Eifersucht und Zufriedenheit oftmals an eigenen Leiden rächen und darum hofft die Mitgliedschaft Altenburg, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Spielkartenfabrik sich den Schutz und die Hilfe des Verbandes zur rechten Zeit sichern. Dadurch können wir als Druckereipersonal zur gelegenen Zeit für unsere Arbeit einen Preis festlegen, der uns gestattet,

den neuesten Anforderungen von Staat, Gemeinde und Familie gerecht zu werden, das ist unsere Stellung zu der gegenwärtigen Teuerung, darum an die Agitation für neue Mitglieder. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Der Referent ermahnte zum Schluß die Anwesenden, die Nichtmitglieder zu belehren und zwar in anständiger Art und Weise, nicht mit Schimpfreden usw., denn das schadet mehr als es nützt. Der Vorsitzende stattete seinen besten Dank ab für den lehrreichen Vortrag, wünschte ferner, daß Kollege Schulze bald wieder uns mit einem Besuch erfreuen wird und schloß die interessante Versammlung um 11 Uhr.

## Korrespondenzen.

**Augsburg.** Versammlung vom 3. August 1907. In Vertretung des 1. Vorsitzenden leitete Kollege Hogenhart die ziemlich gutbesuchte Versammlung. Das Protokoll wurde angenommen. Neu aufgenommen wurden drei Kolleginnen. Den Kassenbericht vom 2. Quartal gab Kollege Lubisch. Der Kassier Kollege Jörg bestätigte, daß die Bücher, sowie Kasse in bester Ordnung sind und es wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Stellungnahme gegen das prägenhafte Vorgehen der Firma Fiel schilberte Kollege Wilbeger die dortigen Zustände resp. die Entlassungen von drei Kolleginnen, welche aus gar nicht stichhaltigen Gründen erfolgten. Redner betonte auch, daß es eine Schmach wäre für uns organisierte Arbeiter, wenn wir noch länger zusehen würden, wie eine Kollegin nach der anderen auf das Straßengäßchen geworfen wird. Kollege Jörg sprach sich in gleichem Sinne aus, machte darauf aufmerksam, daß die Firmeninhaberin Frau Fiel jetzt schon auf verschiedene Art und Weise an den Tarif rüttelt, um denselben aber kurz oder lang zu vernichten. Kollege Hogenhart erwiderte, daß sich mit dieser Angelegenheit schon die letzte Ausschußsitzung beschäftigt und beschlossen hat, daß am Montag, den 5. August, eine Betriebsversammlung stattfindet, damit gegen das rigorose Vorgehen seitens der Frau Fiel die nötigen Schritte getan werden können. Er forderte die Kollegschaft der genannten Firma bringen auf, dafür zu sorgen, daß die Versammlung demonstribativ besucht wird, um derartige Zustände in Zukunft zu beseitigen. Unter Berücksichtigung teilte Kollege Hogenhart noch mit, daß in nächster Zeit eine Versammlung stattfindet, in der der Arbeitersekretär Genosse Walter einen Vortrag über das Kranken- und Invaliden-Versicherungsgesetz halten wird. Um 1/210 Uhr wurde sodann die Versammlung geschlossen, worauf noch ein kleines Tanzvergnügen stattfand.

**Berlin III.** Generalversammlung v. 8. August. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung gab Koll. Luft einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes vom letzten Vierteljahr. Er teilte mit, daß wieder 32 Geschäftsversammlungen, 5 Vorstandssitzungen, 4 Vertrauensleute-Sitzungen stattgefunden haben, und können wir wieder den Erfolg von 143 Neuaufnahmen verzeichnen, so daß wir jetzt, trotzdem die Fluktuation in unserer Zahlstelle eine sehr große ist, 800 zahlende Mitglieder haben. Kommt noch hinzu, daß uns die Agitation durch das Verhalten mancher Steinbrüder bedeutend erschwert wird, weil dieselben noch nicht begriffen haben, daß wir Arbeiter alle, ob gelernte oder ungelernete, zu einer Klasse und zwar zu den Unterdrückten gehören und deshalb alle das eine Ziel haben, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, was nur durch eine starke Organisation möglich ist. Redner bemerkte gleich, daß die Verwaltung der Steinbrüder sowie auch viele ihrer Mitglieder unserer Sache sympatisch gegenüberstehen und es deshalb die Pflicht unserer Kollegschaft ist, wo sich die Steinbrüder einmal nicht so betragen, wie es sein sollte, nicht die Allgemeinheit dafür verantwortlich zu machen, sondern es wie üblich der Verwaltung mitzuteilen, um diese Mißbilligkeiten zu beseitigen. Des weiteren teilte Koll. Luft mit, daß betrefß der Prägerfrage eine Aussprache unserer Verwaltung mit den Buchbindern stattgefunden hat, welche damit endete, daß die Buchbinder die Präger für sich beanspruchten, was ja, weil der größte Teil davon bei ihnen or-

ganisiert, ihr gutes Recht ist. Auch haben wir ja mit der Agitation in unserer Branche vollauf zu tun. Dann schilberte Nebner ausführlich den Streik unserer Schleiferkollegen bei der Firma Böhme, welcher damit endete, daß unsere Kollegen dort 1 Mk. Zulage erhielten und sämtliche Streibredner entlassen wurden. Betreffs der Erhöhung für Arbeitslosenunterstützung und der Beiträge teilte Koll. Ault mit, daß die Verwaltung es für praktisch richtiger halte, erst eine Lohnstatistik aufzunehmen, damit wir wissen, wieviel Mitglieder dieser Klasse angehören. Dann teilte Nebner noch mit, daß die Lokal-Einnahmen und der Beitrag jetzt extra geführt werden. Die Koll. Rose und Goldbeck stimmten dem Koll. Ault betreffs Lohnstatistikaufnahme bei. Koll. Frymer stellte die Frage, ob wir nicht bald in der Lage sein werden, den Voranschub des Zentralvorstandes zurückzugeben, worauf eine ziemlich lange Diskussion folgte, an welcher sich die Kollegen Zindler, Mühlenderlein, Rose, Goldbeck, Nibel, Schäfer und Weber, sowie die Kolleginnen Bunt und Käßling beteiligten, welche zum Teil eine Beitragserhöhung zur Deckung dieses Voranschubes vorschlugen. Koll. Ault erklärte, daß die Verwaltung bestehend ist und bisher war, diese Schuld zu decken, ohne daß unsere Zahlstelle darunter zu leiden hat. Dann gab die Kollegin Bunt den Kassenbericht, welcher von dem Revisor bestätigt und darauf der Kassierer von der Versammlung Decharge erteilt wurde. Als 2. Schriftführerin wurde die Kollegin Käßling gewählt. Dann teilte Koll. Ault mit, daß die Zahlstellen I und II ihren Arbeitsnachweis vom 1. Juli nach der Alten Jakobstr. 5 verlegt haben, und hielt es unsere Verwaltung sowohl wie unsere Vertrauensleute für richtiger, unseren Nachweis in der Alexandrinstraße zu lassen, doch sind dieselben nach nochmaliger gemeinsamer Aussprache mit dem Zentralvorstand zu dem Beschluß gekommen, unseren Nachweis zum 1. Oktober 1907 nach der Alten Jakobstraße zu verlegen. Hierauf folgte eine heftige Diskussion, an welcher sich die Kollegen Weber, Zindler, Nibel, Schäfer und Nöfke beteiligten. Bei der Abstimmung über den Beschluß, den Nachweis nach der Alten Jakobstraße zu verlegen, stimmte die Majorität dafür. Unter Verschiedenes behandelte sich der Koll. Weber, daß eine Kollegin 50 Beiträge gezahlt hatte und dann krank wurde; dieselbe dachte dann, die Krankenunterstützung zu erhalten, und weil das nicht gelingen, ist dieselbe aus der Organisation ausgetreten. Koll. Ault erwiderte, daß er in keinem Fall das Statut umgehen könne und die Kollegin sich hätte an die Druckerwaltung wenden können, wo ihr auf jeden Fall eine Unterstützung gewährt werde, und nicht aus der Organisation auszutreten brauchte; denn dadurch hätte dieselbe bewiesen, daß sie den Wert der Organisation noch nicht begriffen habe. Derselben Meinung war auch der Koll. Nibel. Koll. Rose teilte mit, daß am 1. Juli die Liquidation der Freien Vereinigung stattgefunden hat, wozu er die Mitglieder zwecks Beratung, was mit dem übrig gebliebenen Gelde gemacht werden soll, eingeladen hat. Die Kollegen der Firma Greve sind nicht dazu erschienen, sondern geschrieben dem Koll. Rose, daß schon ein Antrag ausgearbeitet sei, wonach das Geld dem Hilfsarbeiter-Verband, Zahlstelle III, Sektion der Schleifer, zugestellt werden soll, was nicht der Wahrheit entspricht; denn das Geld hat der Koll. Karge, welcher durch Unfall und Krankheit seiner Frau daselbe gut gebrauchen kann, geschenkt bekommen. Im Schlußwort erwähnte Koll. Ault die Anwesenenden, alles daran zu setzen, unsere Organisation groß und kräftig zu gestalten. Mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle III schloß Koll. Ault um 3/12 Uhr die Versammlung.

**Erinnert.** Außerordentliche Mitglieder-versammlung am 6. August 1907. Kollege Vogel eröffnete dieselbe um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesung des letzten Versammlungsprotokolls; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wahl eines Kassierers; 4. Erhebung eines Druckschlages zum Verbandsbeitrag; 5. Kartellbericht; 6. Kassenbericht vom 2. Quartal; 7. Umfrage. Krank gemeldet hat sich die Kollegin Wally Zimmermann. Der erste Punkt findet durch Verlesen des letzten Protokolls, in welchem die Versammlungsschwäger (hauptsächlich männliche Mitglieder) wegen ihrer Interesselosigkeit an unserer guten Sache mit einer anständigen Mühe bedacht wurden, seine Erledigung. Angemeldet haben sich die Kolleginnen Hedwig Grimm und Marie Dalltor. Abgemeldet Richard Niebler, Helene Kreisfumar, Karl Paul, Helene Krebs, Willy Ahner und Max Baumgartel. Da die Wahl eines Kassierers zum zweiten Mal auf der Tagesordnung steht und deshalb extra durch Aufzettel eingeladen wurde, ist man trotzdem nicht in der Lage, von 52 männlichen Mitgliedern, von denen

ganze 8 anwesend sind, einen Kassierer zu finden. Auf Antrag des Kollegen Biäconata soll, um der Sache ein Ende zu machen, das Amt des Kassierers mit dem des Vorstehenden verschmolzen werden, was auch einstimmig genehmigt wurde. Beides wird Kollegen May Vogel übertragen, welcher berichtet, seine ihm noch zur Verfügung stehenden Kräfte einzusetzen zum Wohle der Allgemeinheit und Besten unserer Zahlstelle. Ferner soll für diesen Posten eine entsprechende Remuneration gewährt werden, was noch festzulegen ist. Der vierte Punkt bringt eine lebhaft debattierte mit sich, und dies nicht ohne Grund, denn wenn hier am Orte bei unseren Mitgliedern einmal etwas mehr kostet als den gewöhnlichen Wochenbeitrag, dann schreit man Feyer und Worb, Tischen zu. Das Gegenteil aber ist zu bemerken, wenn es Geld gibt! Es ist einfach nicht zu begreifen, auf wem niedriger Standpunkt unsere Kollegenchaft immer noch steht und wie ich, wo nichts ist, kann auch nichts weggenommen werden. Es wurde schließlich beschlossen, für die erste und zweite Klasse einen Drucksbeitrag von pro Woche 5 Pf. und die dritte Klasse pro Woche 10 Pf. zu erheben, wofür ein Zuschlag zur Krankenunterstützung der Hauptklasse gewährt werden soll, was einer dreigliedrigen Kommission übertragen wird. Den Kartellbericht gibt Kollege Biäconata, er hebt besonders hervor, daß Mitte Dezember ein Rezitationsabend für die Mitglieder stattfindet, bei welchem Herr Balkote-Berlin „Die Weber“ registrieren wird. Den Kassenbericht gibt Kollege Fischer in ausführlicher Weise. Kollege Biäconata berichtet, alle Bücher in bester Ordnung und mit der Kasse übereinstimmend vorgefunden zu haben und stellt Antrag auf Erteilung der Decharge, was einstimmig geschieht. Als Revisoren fürs 3. Quartal fungieren die Kollegen Paul Biäconata, Arno Jacob und Kollegin Fanny Friedrich. Als Erbsmann Paul Weidenmüller. Da der Schriftführer sein Amt ebenfalls seit längerer Zeit nicht mehr verrichtet, wird hierzu Kollege Hans Gofrau gewählt. Nach einer kräftigen Ermahnung, die sämtlichen Mitglieder wieder aufzurütteln und unserer Sache mehr Interesse als bisher zuzuwenden, um einem Appell an alle Mitglieder, welche sich weigerten, Streikmarken zu kaufen, ebenso die Staffelleistungen richtig zu bezahlen, wie es im Statut vorgeschrieben ist, schließt der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung um 11 Uhr. — Alle Mitgliedsbücher sind an unsere Unteroffiziere bis spätestens den 28. August d. J. abzugeben.

**Hannover.** Öffentliche Versammlung am 1. August 1907. Nachdem der Kollege Sparfuß zum 1. Vorsitzenden, die Kollegin Matthias zur 2. Vorsitzenden und der Kollege Matthias zum Schriftführer ins Bureau gewählt wurden, führte der Koll. Sparfuß den ganzen Verlauf unserer Tarifbewegung vom Herbst vorigen Jahres bis zum Abschluß der Versammlung vor, woraus zu erkennen war, mit welchem barinadigen Gegner wir zu kämpfen gehabt haben. Dann gab Koll. Sparfuß den abgeschlossenen Tarif bekannt. (Derselbe ist in voriger Nummer schon zur Kenntnis gebracht.) Auf eine Anfrage erklärte Koll. Sparfuß, daß der Tarif bis zum Ablauf des Jahres 1911 Gültigkeit habe und für sämtliche Druckereien Hannovers in Betracht komme. Koll. Blumhoff führte aus, daß die Kommission ihr möglichstes getan hätte, um soviel wie möglich herauszuholen, und wenn man den Gesamtvorstand betrachtet, dann könnten wir wohl zufrieden sein, denn die meisten Druckereien mühten durch unseren Tarifabschluß bedeutende Zulagen zu gewähren. Es wäre auch ein großer Teil Schuld der Kollegenchaft selbst, wenn die Prinzipale nicht mehr bewilligt haben, dieselben wissen ziemlich genau, zu einem wie hohen Prozentsatz wir organisiert sind und richten sich ganz genau danach. Nebner fordert die Kollegenchaft dazu auf, dafür Sorge zu tragen, daß bei unserem nächsten Tarifabschluß keiner mehr in unserer Organisation fehlt, damit bei unserem zweiten Tarifabschluß ein noch günstigeres Resultat zu verzeichnen ist. Kollege Sparfuß gibt bekannt, daß die Lohnerhebungen jedenfalls erst in 14 Tagen oder erst 3 Wochen eintreten würden, weil der Tarif erst in Druck gegeben werden muß und die Prinzipale erst dieselben in Empfang genommen haben müssen, und bittet Koll. Sparfuß, vorläufig nicht ungeduldig zu werden, denn vom 1. August muß alles noch bezahlt werden. Koll. Niel spricht der Kommission im Namen der Versammlung seinen Dank aus. Kollege Sparfuß referierte über die Arbeitsnachweisfrage, welche von unserer Seite ausgearbeitet werden soll und den Prinzipalen dann in einer Sitzung vorgelegt wird. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, Donnerstag, den 1. 8., abends 9 Uhr, im Saale des Ballhofes stattfindende gutbesuchte Versammlung nimmt Kenntnis von dem mit den Prinzipalen abge-

schlossenen Lohnarif. Sie verspricht, indem sie der Lohnkommission den Dank für ihre mühevolle Tätigkeit ausdrückt, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Kollege und Kollegin in unsere Reihen eingetreten ist, daß wir an dem Anfang dieses Wertes weiterbauen können, um etwas Gutes und Besseres schaffen zu können.“ Unter Verschiedenes gab Koll. Sparfuß bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung in 14 Tagen im oberen Saale des Ballhofes stattfindet. Hierauf schloß der starkbesuchten Versammlung um 10 1/2 Uhr G. W.

**Leipzig.** In der am 3. August abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Gen. Hennig einen Vortrag über „Gottfried Keller“. Nachdem der Referent in längeren Ausführungen den Werdegang des Dichters vor Augen geführt hatte, ging er dazu über, einige Dichtungen desselben vorzulesen: namentlich durch die teilweise Rezitation der „Drei gerechten Kammmacher“, einer Erzählung genannten Dichters, die von köstlichem Humor durchwurzelt, fand er den allseitigen Beifall der Anwesenden. Hierauf forderte Koll. Schulze die Anwesenden auf, die im Kampfe stehenden Leipziger organisierten Barbier- und Friseurgehilfen, sowie die Fleischer der Engros-schlächtereier Köfer durch Solidarität zu unterstützen. Weiterhin gibt er das Resultat der eingezogenen Versammlungsprotokolle bekannt, was leider kein erfreuliches war, denn es zeigte, daß die in aller nächsten Nähe des Pantheon, woselbst doch die meisten Versammlungen abgehalten werden, arbeitenden Kolleginnen und Kollegen, so von der Firma Fischer u. Wittig, Brandstetter und dergleichen, die schlechtesten Versammlungsbesucher waren, er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß eifrigste Hinweise auf die moralische Pflicht der Mitglieder, die Versammlungen zu besuchen, in den Versammlungen betreffender Druckereien das Ergebnis der nächsten Kontrolle bessern werden. Am Schluß der Versammlung geht Kollege Kohl nochmals auf die Angelegenheit des Revisionskommissionsmitgliedes Koll. Lochmann ein, welcher verbrochen hatte, in einer der vorher stattgefundenen Versammlungen eine Erklärung abzugeben zu wollen, die die Feinerkeit in der Februar-Generalsammlung getane Aufschulbigung dem Kassierer gegenüber betraf. Es entspann sich hierauf eine sehr rege Debatte, in der allgemein das Verhalten Lochmanns getadelt wurde. Diese Angelegenheit fand ihre Erledigung durch die Annahme folgenden, von Koll. Kreisfumar gestellten Antrages: „Der Koll. Lochmann soll zur nächsten Mitgliederversammlung von der Verwaltung schriftlich eingeladen werden, woselbst er seine Erklärung abzugeben hat.“

**Literatur.**

**Kleis, Der Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung.** Preis Mk. 1.—. Der Verfasser will eine umfassende Reform der Arbeiterversicherung, deren Notwendigkeit sich ihm als Krankenkassen-Beamter an der Hand der gesammelten Erfahrungen aufdrängte. Die Broschüre soll Berichtigungen, Versammlungsrednern, insbesondere aber Ärzten und den in Versicherungsinstituten Angestellten mit Material in dieser Frage versehen.

**Reikin, Zur Frage des Frauenwahlrechts.** Preis Mk. 1.—. Agitationsausgabe 50 Pfennig. In klarer und überzeugender Weise legt Genoffin Reikin alle die Gründe dar, die für die Notwendigkeit der Einführung des Frauenwahlrechts sprechen, während uns ein Anhang einen Ueberblick über die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den verschiedenen Ländern gibt.

**W. Zeppler, Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?** Eine volkstümliche Schrift, in der die Verfasserin die Notwendigkeit der Bildung und der geistigen Erhebung der Arbeiterinnen, wenn sie ihren Beruf als Gattin, Mutter und Staatsbürgerinnen erfüllen wollen, darlegt. Die Broschüre kostet 10 Pfennig.

**Die sozialistische Arbeiter-Internationale.** Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Americas an den Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart. Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau mit einem Vorwort von Vanderveide. Deutsche Ausgabe. Preis Mk. 2.—.

**J. Stern, Gott? Gottglaube oder Atheismus?** Der Verfasser beleuchtet in dieser fesselnd geschriebenen Abhandlung die neuerdings wieder viel umstrittene Frage „Gottglaube oder Atheismus?“ vom sozialistischen Standpunkt historisch-kritisch. Manche originellen Gedanken und Auffassungen sichern den 15 Abschnitten auch das Interesse derer, die über diese Materie bereits mit sich im Klaren sind. Der Preis beträgt 50 Pfennig, eine Agitationsausgabe 20 Pfennig.